

Ihre Stimme für das Weiterbildungskolleg

Positionen und Forderungen des Philologen-Verbandes NW
zu aktuellen bildungs- und berufspolitischen Themen

Philologen-Verband NW
Graf-Adolf-Str. 84
40210 Düsseldorf

Tel.: 0211-17 74 40
E-Mail: info@phv-nw.de
Internet: www.phv-nw.de

Gesamtherstellung:
Pädagogik und Hochschul Verlag



Philologen-Verband
Nordrhein-Westfalen

Vorwort

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

ein Punkt steht außer Frage: Die Gymnasien, Weiterbildungskollegs und Gesamtschulen in NRW brauchen eine starke, selbstbewusste und engagierte Interessenvertretung. Schülerinnen und Schüler brauchen das mehrgliedrige Schulsystem mit einem auf Qualität und Anspruch ausgerichteten gymnasialen Bildungsgang, um ihr Leistungspotential bestmöglich ausschöpfen zu können. Lehrerinnen und Lehrer brauchen Personalräte, damit diese sich mit starker Stimme gegen Bürokratie und für mehr Entlastung einsetzen. Dafür brauchen wir einen starken Philologen-Verband im Personalrat.

Bereits als junge Lehrerin an einem Gymnasium in NRW wurde mir klar, dass nur der Philologen-Verband NW sich persönlich, hilfreich und verlässlich für mich und die Interessen meiner Kolleginnen und Kollegen einsetzt. Diese Gewissheit hat mich in meiner Berufung als Lehrerin immer begleitet. Auch deswegen habe ich mich für das Amt der Vorsitzenden des PhV NW im vergangenen März zur Wahl gestellt. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir eine mutige und selbstbewusste Vertretung für die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer im gymnasialen Bildungsgang brauchen. Ich bin dankbar dafür, mich gemeinsam mit vielen Unterstützerinnen und Unterstützern für uns an Gymnasien, Weiterbildungskollegs, Gesamt-, Sekundar-, Gemeinschafts- und PRIMUS-Schulen in Nordrhein-Westfalen in schul- und bildungspolitischen Fragen engagieren und für nachhaltige Entlastungen und bessere Arbeitsbedingungen kämpfen zu dürfen.

Der Philologen-Verband NW ist die einzige Interessenvertretung, die sich ausschließlich für Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien, Weiterbildungskollegs und Gesamtschulen, also den Schulformen mit gymnasialer Oberstufe, engagiert. Nur wir haben einen eindeutigen Fokus auf das mehrgliedrige Schulsystem mit einem anspruchsvollen Gymnasium, einer Schulform für viele, aber nicht für alle.

Wir sind Teil einer starken Gemeinschaft und gehören zum gewerkschaftlichen Dachverband dbb beamtenbund und tarifunion. Wir setzen uns daher uneingeschränkt für die Sicherung eines attraktiven Beamtenstatus für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für die konsequente Aufwertung und Wertschätzung des Tarifbereiches ein.

Wir kämpfen für ein begabungs- und leistungsgerechtes vielgliedriges Schulwesen, das sich auf Qualität und Leistung fokussiert. Wir wehren uns entschieden gegen Nivellierungstendenzen. Es muss Schluss sein mit der Aushöhlung des Leistungsgedankens im Bildungsbereich.

Wir engagieren uns für qualitätsorientierte Gymnasien, Weiterbildungskollegs und Gesamtschulen und für angemessene Arbeitsbedingungen. Wir wollen unseren Beruf und unsere Berufung mit Freude und Leidenschaft ausüben und nicht im Arbeitsalltag in Bürokratie und erheblicher Mehrbelastung ersticken.

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen unsere berufs- und bildungspolitischen Ziele näher vorstellen. Ich würde mich freuen, wenn Sie diese Ziele teilen und uns bei der anstehenden Personalratswahl Ihr Vertrauen aussprechen und unterstützen, indem Sie Liste 1 wählen.

Ihre
Sabine Mistler
Landesvorsitzende des PhV NW





Unser Qualitätsversprechen: Gymnasiale Bildung

Gymnasiale Bildung ist mehr als die Hinführung zum Abitur. Schulen mit gymnasialer Oberstufe verstehen sich als Schulen der wissenschaftlichen Grundbildung. Daher sind sie der Wissenschaftspropädeutik und der vertieften Allgemeinbildung verpflichtet. Es geht also um Methodenbewusstsein, Reflexionsvermögen, Erkenntniskritik und Fähigkeit zu problemorientiertem und interdisziplinärem Denken sowie um soziales und politisch verantwortliches Verhalten. Besonders zu fördern sind nicht nur leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler, sondern auch leistungsstärkere: Notwendig ist eine gezielte Begabtenförderung.

Im Lehramtsstudium dürfen fachwissenschaftliche und fachdidaktische Lehrinhalte nicht zugunsten von allgemeinpädagogischen Anteilen reduziert werden. Diesen Bestrebungen hat sich der Philologen-Verband erfolgreich widersetzt.

Die Realisierung gymnasialer Ansprüche setzt auch voraus, dass der fachspezifische Lehrermangel in den MINT-Fächern vorrangig durch grundständig ausgebildete Lehrkräfte beseitigt wird.

Auch Neu-Zugewanderte und junge Menschen mit Migrationshintergrund sind Schülerinnen und Schüler an Gymnasien, Gesamtschulen und Weiterbildungskollegs. Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist dabei grundlegend für schulischen Bildungserfolg. Für die Beschulung erwachsener Lerner sind die Schulen des Zweiten Bildungsweges prädestiniert. Schulen benötigen deutlich mehr Ressourcen, um dieser pädagogisch verantwortungsvollen Aufgabe gerecht zu werden.



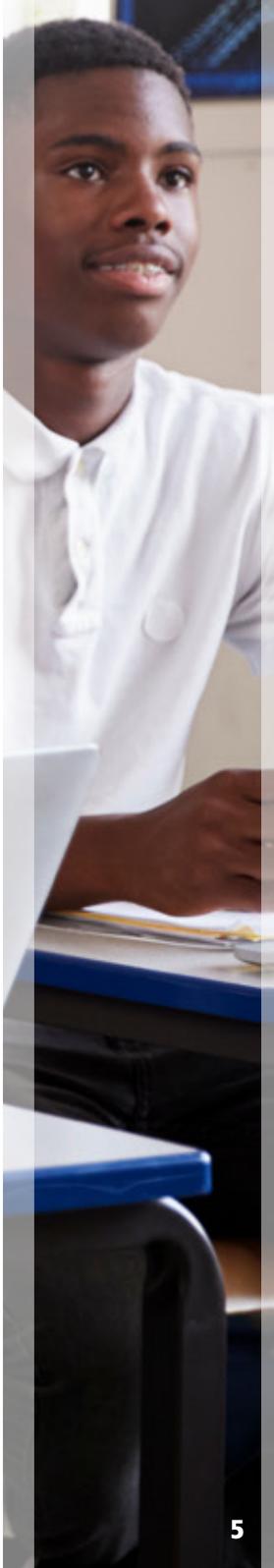
Schulstruktur: Nur Vielgliedrigkeit bringt Qualität

Der spezifische Bildungsauftrag der Schulen mit gymnasialer Oberstufe zielt auf eine vertiefte Allgemeinbildung.

Das vielgliedrige Schulsystem muss erhalten bleiben, um alle Kinder und Jugendlichen gemäß ihren Fähigkeiten, Neigungen und Begabungen bestmöglich zu fördern. „Eine Schule für alle“ kann diesem Ziel nicht gerecht werden.

Das Land steht in der Pflicht, erfolgreiche Angebote des gegliederten Schulsystems flächendeckend vorzuhalten, auch wenn Schulen des Gemeinsamen Lernens durchaus ihre Berechtigung haben. Die verschiedenen Bildungsgänge verdienen Anerkennung und Respekt. Es ist unabdingbar, dass die qualitative Vergleichbarkeit des Abiturs über alle Schulformen hinweg gewährleistet ist. Zudem ist der wohnortnahe Zugang zu Förderschulen, dem deutlichen Elternwillen folgend, zu ermöglichen.

Eine Ausdünnung der Schulangebote infolge fehlender regionaler Schulentwicklungsplanung führt zu einer Ausdünnung gleichwertiger Bildungschancen in Stadt und Land.



Arbeitsbelastung reduzieren

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind überlastet. Dies wird durch die jüngste LaiW-Studie (Lehrerarbeit im Wandel) des Deutschen Philologen-Verbandes belegt. Das Land muss deshalb für eine spürbare arbeitszeitliche Entlastung der Lehrkräfte sorgen.

Wir fordern:

- Reduzierung der Pflichtstundenzahl um mindestens zwei Wochenstunden (insbesondere in Anbetracht der in diesem Bereich geleisteten Dienste zu ungünstigen Zeiten)
- deutliche Erhöhung der Anrechnungsstunden
- zusätzlich einen zweckgebundenen Entlastungstopf für korrekturbedastete Kolleginnen und Kollegen
- Aufbau einer mind. 10-prozentigen Vertretungsreserve
- Wiedereinführung einer Obergrenze für Kursstärken in der SII
- Abbau von bürokratischen Aufgaben und Dokumentationspflichten



Lehrergesundheit – Aufgabe des Dienstherrn

Belastungen und psychischer Druck für Lehrkräfte sind gestiegen, vor allem durch eine größere Erwartungshaltung der Gesellschaft an Schule als „Dienstleister“, höhere erzieherische Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer sowie zahlreiche schulische Reformen und Neuvorhaben.

Wir fordern:

Der Dienstherr muss seiner Fürsorgepflicht für seine Lehrkräfte endlich nachkommen. Ein ausschließlich auf Verhaltensprävention der einzelnen Lehrkraft ausgerichteter Gesundheitsschutz ist nicht ausreichend; zwingend notwendig sind systemische Entlastungsmaßnahmen im Rahmen der Verhältnisprävention. Gleichmaßen bedarf es eines gesundheitsförderlichen Schulklimas und Leitungshandelns.

Unterricht digital – nur mit Support

Gymnasiale Bildung braucht kompetente Lehrerinnen und Lehrer. Damit Unterricht mit digitalen Medien gelingt, brauchen Lehrkräfte mehr zeitliche Ressourcen, geeignete Unterstützungsmaterialien, Entlastung und Support auf technischer Ebene sowie qualitätsvolle Angebote in der Lehrerfort- und -ausbildung. Die Lehrkräfte entscheiden über den Einsatz digitaler Medien vor dem Hintergrund ihrer pädagogischen Freiheit.

Wir fordern:

- dauerhafte zusätzliche zeitliche Ressourcen für Unterrichtsentwicklung, Medienbildung und den langfristigen Prozess der Medienkonzeptgestaltung
- Bereitstellung fachbezogener Unterrichtsmaterialien, die den pädagogischen Mehrwert des Einsatzes digitaler Medien gewährleisten
- Prüfsiegel für „Open Educational Resources“, welches die Einhaltung von Urheberrecht und Datenschutz genauso wie die inhaltliche Qualität sichert
- Schaffung verbindlicher rechtlicher Rahmenbedingungen, u. a. für die Nutzung kommerzieller digitaler Angebote
- Einrichtung und Wartung von Hard- und Software durch externes Fachpersonal
- fach- und schulformbezogene Lehrerfortbildung mit Praxisbezug; die unterschiedlichen Voraussetzungen der Lehrkräfte sind dabei zu berücksichtigen
- Integration der Digitalisierung in die Fachdidaktik der Lehrerbildung



Digitalisierung – Rechtssicherheit und Schutz für Lehrkräfte

Während der Phase der coronabedingten Schulschließungen wurde nochmal deutlich, dass gerade im Bereich des Datenschutzes erhebliche Unsicherheiten und unklare Zuständigkeiten existieren, die oft zu Lasten der Lehrkräfte gehen. Zudem führen die mit der Digitalisierung einhergehenden Kommunikationsmöglichkeiten nicht selten zum Anspruch einer ständigen und sofortigen Verfügbarkeit, Erreichbarkeit und Überprüfbarkeit von Lehrkräften und gefährden so die zwingend notwendige Abgrenzung zwischen Berufs- und Privatleben. Der Dienstherr muss hier durch verbindliche rechtliche Regelungen und Vorgaben seiner Fürsorgepflicht nachkommen und entsprechende und landesweit einheitliche Informationen zu den Bereichen Datenschutz, Urheberrecht und informationelle Selbstbestimmung bereitstellen.

Wir fordern:

- rechtliche Regelungen zur Datenschutzproblematik, die mit den pädagogischen Bedürfnissen von Schule im Einklang stehen und die Verantwortung nicht auf die Lehrkräfte verlagern
- Muster-Nutzungsvereinbarungen, die die Privatsphäre der Lehrkräfte schützen und die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sichern
- geeignete Maßnahmen zum Schutz vor Leistungs- und Verhaltenskontrolle (z. B. im Kontext von digitalen Klassenbüchern oder dienstlichen Endgeräten)
- Bereitstellung einer rechtssicheren Infrastruktur sowie entsprechender Fortbildungen und Informationsmaterialien
- Endgeräte müssen extern gewartet und administriert werden

Auf das Wesentliche konzentrieren: Fachfremde Aufgaben verringern

Fachunterricht ist und bleibt das Kerngeschäft von Lehrerinnen und Lehrern an Schulen mit gymnasialer Oberstufe.

Es ist eine Verschwendung von Arbeits- und Lebenszeit, an Schulen in Nordrhein-Westfalen zu gleichen Themen Konzepte entwickeln zu lassen, wie etwa

- Medien und Digitalisierung
- Sprachsensibler Unterricht

Die Erstellung von Konzepten ist auf ein notwendiges, pädagogisch sinnvolles Maß zu reduzieren.

Wir fordern, dass der Dienstherr die zentrale Erstellung praxistauglicher und tragfähiger Konzepte gewährleistet, und zwar zwingend vor der praktischen Einführung an Schulen unter Berücksichtigung schulformspezifischer Besonderheiten. Wir fordern zur sofortigen Entlastung der Kolleginnen und Kollegen den Wegfall der verpflichtenden QA sowie die Abschaffung der Lernstandserhebungen. Die Delegation von Verantwortung auf die einzelne Schule hat zu einer Multiplikation von Arbeit auf Schulebene geführt. Das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit von Schulen ist mit Blick auf die Belastung vor Ort auf den Prüfstand zu stellen.



Vereinbarkeit von Schule und Privatleben sicherstellen

Der Arbeitsplatz Schule muss so gestaltet werden, dass für alle Vollzeit- wie Teilzeitkräfte Schule und Privatleben vereinbar sind – und zwar unabhängig von Lebensphase oder familiärer Situation.

Viel zu oft führen die Ausweitung der Aufgaben und dienstlichen Verpflichtungen sowie die hohe Korrekturbelastung bei vielen Kolleginnen und Kollegen zu massiven Einschränkungen in Privat- wie Familienleben.

Viel zu oft werden Kolleginnen und Kollegen durch Arbeitsverdichtung in Teilzeit gedrängt.

Viel zu oft werden die Teilzeitkräfte als heimliche Vertretungsreserve missbraucht.

Viel zu oft werden Teilzeitkräften im Kontext von Beförderungen Aufgaben übertragen, deren Umfang nicht mit ihrem Teilzeitdeputat im Einklang stehen.

Qualität in der Lehrerausbildung bewahren und weiterentwickeln

Lehrerinnen und Lehrer (LAA) dürfen nicht mit immer weiter ausufernden Curricula und einem zu hohen Kontingent an selbstständigem Unterricht überfordert werden. Für eine Stärkung der fachlichen Ausbildung der LAA sowie zur Sicherung der Einstellungsperspektiven für den Lehrernachwuchs muss der selbstständige Unterricht mindestens um 6 Stunden gekürzt werden.

Die schulformspezifische Lehrerausbildung des gymnasialen Bildungsganges muss fachwissenschaftlich an dem Ziel „Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife“ an Gymnasien, Gesamtschulen und Weiterbildungskollegs orientiert sein. Dazu gehört die Stärkung der Fachlichkeit in der universitären Lehrerausbildung.

Der Einstellungsrhythmus der Lehrkräfte darf nach ihrem Weggang nicht zu Lehrerversorgungsproblemen führen. Die Seminaranbieter brauchen zumutbare arbeitszeitliche Rahmenbedingungen. Auch die Fachlehrerinnen und Fachlehrer, die an den Schulen an der Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer beteiligt sind, sind zeitlich zu entlasten.



Konzentration auf Qualität und Fachlichkeit in der Lehrerfortbildung

Beste Bildung für Schülerinnen und Schüler braucht gut fortgebildete Lehrkräfte. Auch die erfolgreiche Umsetzung von Großvorhaben wie „Digitalisierung“ kann nur mit Unterstützung der Lehrkräfte durch wirksame Fortbildungen gelingen. In den Lehrerzimmern aber stehen mangelnder Schulformbezug, eine unübersichtliche Fortbildungsstruktur und ein inhaltlich auf Schulentwicklung eingeeengter Fortbildungsbegriff seit langem in der Kritik.

Lehrkräfte brauchen Fortbildungen, die ihnen gut zugänglich sind: räumlich, zeitlich und schulorganisatorisch. Wer Qualitätsstandards für Unterricht und Fachschaftsarbeit anstrebt, muss auch Unterrichtsausfall in Kauf nehmen.

Lehrkräfte benötigen Fachfortbildungen, die fachspezifische Gegenstände und Methoden in den Fokus nehmen, statt auf Veränderung von Haltungen zu zielen. Fachwissenschaftliche und didaktische Erkenntnisse müssen in Fortbildungen einfließen und durch Beispielmaterialien fachspezifisch konkretisiert werden. Ein solches Fortbildungsangebot erstreckt sich über alle Fächer – auch die vermeintlich „kleinen“ – und sichert den gymnasialen Bildungsauftrag einer vertieften Allgemeinbildung und Studierfähigkeit.

Der Beamtenstatus: Verpflichtung für den Dienstherrn

Die Ausübung hoheitlicher Akte, die verlässliche Beschulung (Streikverbot) und die gebotene Unabhängigkeit bei der Amtsausübung erfordern, dass Lehrkräfte in der Regel als Beamtinnen und Beamte tätig sind.

Im Gegenzug für das besondere Dienst- und Treueverhältnis zum Staat muss das Land eine attraktive Besoldung und Versorgung gewährleisten, die der allgemeinen Einkommensentwicklung nicht nachstehen darf. Der Beförderungsstellenkegel ist endlich voll auszuschöpfen. Darüber hinaus müssen die Beihilfe erhalten und ihre Leistungen verbessert werden. Die Kostendämpfungspauschale muss endlich abgeschafft werden.



Den Tarifbereich wertschätzen und aufwerten

Die Tarifpartner sollen sich dafür einsetzen, dass die Netto-Einkommen der Tarifbeschäftigten an die der Beamten angeglichen werden.

Weitere Kürzungen in der betrieblichen Zusatzversorgung darf es nicht geben, strukturelle Verbesserungen im Tarifbereich wie etwa die Schaffung einer Altersteilzeit für tarifbeschäftigte Lehrkräfte, die Realisierung der Paralleltabelle und der stufengleichen Höhergruppierung müssen endlich umgesetzt werden.